

Kritische Fragen oder Verleumdung?

Diskussion Walter Böhmer prangert Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph wegen der Bedingungen beim Verkauf von Gewerbegrundstücken und des Seniorenheims Rothach in Weiler an

VON PETER MITTERMEIER
UND BENJAMIN SCHWÄRZLER

Weiler-Simmerberg Der Streit schwelt seit Monaten im Hintergrund. Bei der Bürgerversammlung ist er offen zu Tage getreten. Walter Böhmer, früherer geschäftsleitender Beamter der Marktgemeinde Scheidegg und Aufsichtsratschef der Raiffeisenbank Westallgäu, hat dort ein dreiseitiges Schreiben mit kritischen Fragen zu Immobilienverkäufen der Gemeinde verlesen. Im Kern geht es um Subventionen ohne rechtliche Sicherung. Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph sprach im Gegenzug von Vorwürfen, „die an Verleumdung grenzen“. Die Rechtmäßigkeit der Vorgänge seien „gutachterlich nachgewiesen“, mehrfach geprüft und „wasserdicht“. Im Einzelnen will Rudolph auf die Kritik schriftlich eingehen, sagte aber auch: „All diese Punkte wurden bereits mehrfach beantwortet.“

Böhmer hat den Rathauschef in der Vergangenheit mehrfach mit kritischen Fragen konfrontiert. Auch die Regierung von Schwaben als Aufsichtsbehörde hat er eingeschaltet. Die sah allerdings keinen Grund, die Geschäfte der Gemeinde zu beanstanden. Weil Böhmer nicht locker lässt, hat der Gemeinderat nicht-öffentlich beschlossen, einen Professor für Verwaltungsrecht zur Unterstützung einzuschalten, wie Rudolph in der Bürgerversammlung bestätigte. Eine Sache, die sein Widerpart offen-

bar wusste. „Ich rechne damit, dass sie möglicherweise etwas gegen mich unternehmen“, sagte er zu Beginn seiner Ausführungen.

„Ich denke, es ist wichtig, der Öffentlichkeit einmal umfangreich reinen Wein einzuschenken.“

Walter Böhmer über die Vorgänge ums Seniorenheim Rothach

Böhmer geht es um Grundstücksgeschäfte der Gemeinde. Zum einen um den „subventionierten“ Verkauf von Gewerbeland an Unternehmen. An Verkäufen unter Verkehrswert sei nichts auszusetzen, wenn die Gemeinde dadurch Arbeitsplätze sichern wolle, so Böhmer, er bezweifle aber, ob es in dieser extremen Form nötig sei. Er sprach von „in die zigtausende gehende Subventionen, wenn Grundstücke inklusive aller gemeindlichen Kosten und Abgaben um 35 Euro je Quadratmeter verscherbelt wurden, Käufer sogar zinslos und ohne werthaltige Absicherung in zehn und mehr Jahresraten bezahlen konnten“. Nach Ansicht Böhmers hätte die Gemeinde bei einem Verkauf den Zweck durch eine vertragliche Vereinbarung mit den Unternehmen langfristig absichern müssen. Entsprechendes forderten der Bayerische Verfassungs- und der Verwaltungsgerichtshof, um Spekulationen mit öffentlichen Vermögenswerten vorzubeugen.

In die gleiche Richtung geht die Kritik in Sachen Seniorenheim Rothach. Statt der ursprünglich im Haushalt angesetzten Verkaufserlöse für das Grundstück von 342 000 Euro habe sich der Wert des Gebäudes im Haushalt des darauf folgenden Jahres um mehr als 100 000 Euro verringert. Außerdem sei dem Allgäu-Stift als Käufer und neuem Träger zugesagt worden, für die Dauer von drei Jahren ein Betriebskostendefizit über jeweils 200 000 Euro zu übernehmen. Wenn schon Zuschüsse, so Böhmer, „dann doch bitte schön mit Bindungen für den Begünstigten“. Vom Bürgermeister wollte er deshalb unter anderem wissen, ob Allgäu-Stift eine Verpflichtung zur Führung des Seniorenheims habe – und wenn ja, wie lange.

Böhmer vermisst zudem grundsätzliche Informationen der Gemeinde, wie es mit dem Seniorenheim und dem Betreuten Wohnen weitergeht. Hintergrund ist ein Schreiben des Allgäu-Stift an die Gemeinde. Dort teilt der Geschäftsführer dem Bürgermeister mit, die Refinanzierung der Investitionskosten sei unsicher geworden. Anlass sind die schwierigen Bodenverhältnisse, wegen derer Allgäu-Stift die Ausschreibung für die Erdarbeiten nach eigenem Bekunden aufgehoben hat.

Darauf war Rudolph bei der Bürgerversammlung zuvor in seinem Jahresbericht eingegangen. Wegen des schlechten Baugrunds sei anstatt der ursprünglich geplanten Tiefga-

rage beim Betreuten Wohnen nur noch ein normales Kellergeschoss geplant. „Mit dem Bau soll im Anschluss an die erforderlichen Kanal- und Wasserleitungsarbeiten im Frühjahr 2013 begonnen werden.“

Böhmer hielt dem Rathauschef zudem vor, zu verschweigen, dass die Westallgäuer Seniorenbetreuungs GmbH als früherer Träger bis zur Abgabe des Hauses Rothach 450 000 Euro Pacht an die Gemeinde bezahlt habe. Das Geld sei aber nicht wie nötig in Rücklagen für Investitionen geflossen, sondern weitgehend für andere Zwecke ausgegeben worden. Schließlich wollte Böhmer auch noch wissen, ob der private Investor, der das Seniorenheim in Scheidegg gebaut hat, auch bereit gewesen sei, „ein Seniorenheim in Weiler zu finanzieren, dies jedoch an Ihnen gescheitert sein soll?“

„Es gibt undichte Stellen“

Antworten blieb der Rathauschef an diesem Abend schuldig. Zum Vortrag Böhmers sagte er aber, es sei „grenzgängig“, wie dieser an einige der genannten Daten komme. Es seien Details, beispielsweise Vertragsinhalte, die Böhmer gar nicht kennen dürfte, da sie nicht öffentlich bekannt gemacht wurden. „Da gibt es undichte Stellen. Das wollen wir aufgeklärt wissen.“ Auf Nachfrage der Heimatzeitung betonte Rudolph, dass er damit ausdrücklich nicht die Mitarbeiter im Rathaus gemeint habe.